

Antrag A1

Antrag an die 1. Tagung des 4. Landesparteitages

Brandenburg 2014: Sozialer, demokratischer, moderner

EinreicherInnen: Landesvorstand, Christian Görke

Vor 5 Jahren zogen wir mit einer Behauptung in die Landtagswahl: „DIE LINKE hat klare, sozial gerechte und finanzierbare Alternativen zur Politik der Großen Koalition“. Diese These haben wir in Regierungsverantwortung belegt. Die Große Koalition hatte in Bund und Land den Sozialstaat weiter geschliffen, eine Schwemme prekärer Beschäftigung zugelassen, den Öffentlichen Dienst an den Rand der Handlungsfähigkeit gebracht, hunderte Schulen geschlossen, die Kommunen geschöpft und die Energiewende verschlafen.

Seit unserem Eintritt in die Landesregierung 2009 ist es uns gelungen, erste nachhaltige Weichenstellungen für unser Land vorzunehmen, die Brandenburg sozialer und solidarischer, ökologischer und demokratischer machen. Wir haben die soziale Frage ins Zentrum der Landespolitik gerückt - bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen bei der Fördermittelpolitik für die Wirtschaft, bei Bildungschancen für alle von der Kita bis zur Schule - vom Kita-Betreuungsschlüssel bis zum Schüler-Bafög, von der Krankenhausfinanzierung bis zur "Gemeindeschwester Agnes", von der Stärkung der Sozialgerichte bis hin zur Kriminalitäts-Prävention durch Resozialisierung. Wir haben die Kommunen finanziell so stabil ausgestattet wie noch nie - und das alles mit einer Haushaltspolitik, in deren Ergebnis Brandenburg seit 2010 keine neuen Schulden mehr aufgenommen, zugleich aber die Finanzierung der sozialen Schwerpunkte gesichert hat.

Der Öffentliche Dienst wird modernisiert und verjüngt; die Ausbildung in der Landesverwaltung, bei der Polizei, in der Justiz und bei den LehrerInnen neu aufgenommen oder deutlich verstärkt. Allein 2400 junge und gut ausgebildete LehrerInnen erreichten in den vergangenen 5 Jahren die Schulen - so viele, wie noch nie.

Wir geben dem Strukturwandel in Brandenburg Impulse in Richtung eines sozial-ökologischen Umbaus. Mit der Energiestrategie 2030 setzen wir auf den Durchbruch der Erneuerbaren Energien. Unser Ziel bleibt, dass spätestens ab 2040 keine Braunkohle mehr verstromt wird. Wir werden eine energiewirtschaftliche Entwicklung vorantreiben, die Neuaufschlüsse von Tagebauen und den Bau von neuen Kohlekraftwerken unnötig macht. Unsere Nachhaltigkeitsstrategie für das Land steht vor der Beschlussreife.

Wir haben die Beteiligungsmöglichkeiten bei der Volksgesetzgebung verbessert und das Wahlalter 16 eingeführt. Erstmals war in Brandenburg ein Volksbegehren erfolgreich und die rot-rote Koalition hat sich dessen Anliegen - bessere Nachtruhe-Bedingungen am Flughafen BER - zu eigen gemacht. Brandenburg ist ein Land im Wandel - vor allem deswegen, weil die Bürgerinnen und Bürger mehr und mehr ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen. Sie erobern sich neue Lebenswelten und gestalten sie aus - oder auch alte um. Dabei entstehen vielfältige, auch widerstreitende Interessen. Wir wollen dabei ein guter Partner bei Abwägung und Entscheidungsfindung im Sinne des Gemeinwohls sein. Niemand darf aus sozialen Gründen ausgeschlossen sein oder sich ausgeschlossen fühlen. Wir wollen die Landespolitik weit für Beteiligung und Teilhabe öffnen.

Nicht alles, was sich ändern muss, kann durch Beschlüsse des Landtages geregelt werden. Solidarität, beweist sich vor allem als Wert im Alltag und im gesellschaftlichen Miteinander. Ein gutes Leben für Frauen, anständige Rahmenbedingungen, gerechte Bezahlung: das kann man durch Landesgleichstellungsgesetze fördern, entschieden jedoch wird darüber genauso in der Wirtschaft, bei Tarifverhandlungen, in den Kommunen.

In diesem Sinne möchten wir weiter für die Menschen in Brandenburg arbeiten. Denn manches bleibt auch unerledigt, für vieles lohnt es sich weiter zu kämpfen. Dabei sind uns vier Bereiche besonders wichtig, für die wir uns in den Kommunen und im Land einsetzen wollen: Gute Arbeit für alle, gute Bildung für alle, zukunftssichere Kommunen und eine sichere Gesundheitsversorgung für alle. (Alternativ: Gute Arbeit, gute Bildung, sichere Gesundheitsversorgung, zukunftssichere Kommunen – für alle)

Gute Arbeit und existenzsichernde Löhne

Eine Kernfrage Guter Arbeit ist der Mindestlohn. Der Mindestlohn bei öffentlichen Aufträgen im von uns durchgesetzten brandenburgischen Vergabegesetz wird im Januar 2014 auf 8,50 € pro Stunde steigen. Wir können nicht auf die Versprechungen der Großen Koalition im Bund auf die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes warten. Deswegen soll der Mindestlohn bei öffentlichen Aufträgen in schnellen Schritten weiter wachsen und in der kommenden Wahlperiode 10 € / Stunde erreichen. Die Bindung der Wirtschaftsförderung an soziale Kriterien wollen wir verstärken, um prekäre Beschäftigung zurückzudrängen.

Für gute Bildung für alle – von Anfang an

Wir wollen den Kitabetreuungsschlüssel weiter verbessern: Auf 1:5 Kinder bei den unter Dreijährigen und auf 1:11 Kinder bei den unter Sechsjährigen. Die Gemeinschaftsschule wollen wir in der kommenden Legislaturperiode auf den Weg bringen, um allen Kindern Bildungsgerechtigkeit zu gewähren, die Inklusion über die Pilotschulen hinaus voranzutreiben und Schulstandorte zu sichern, die im mehrgliedrigen Schulsystem von Schließung bedroht wären. Wir setzen uns insbesondere für den Erhalt der Grundschulstandorte im Land ein.

DIE LINKE setzt sich weiter für gute Studienbedingung und einen freien Zugang zu Wissen ein. Deswegen werden wir Studiengebühren weiter ablehnen und versteckte Studiengebühren abschaffen.

Für starke und zukunftssichere Kommunen

Wichtige Grundlage für die kommunale Selbstverwirklichung ist und bleibt eine gute Finanzausstattung der Kommunen. Deshalb sollen im Rahmen des Kommunalen Finanzausgleiches die Schlüsselzuweisungen des Landes auch in Zukunft verlässlich ausgestaltet und der finanzielle und damit soziale Ausgleich zwischen den Kommunen in Brandenburg weiterentwickelt werden. Wir setzen uns weiterhin für die Sicherung der kommunalen Einnahmen und die Entlastung der Kommunen von sozialen Transferleistungen (z. B. Eingliederungshilfe, Kosten der Unterkunft) durch den Bund ein. Wir wollen ein kommunales Konjunktur- und Infrastrukturprogramm in Höhe von 500 Millionen Euro. Mit diesem Konjunkturprogramm wollen wir gemeinsam mit der kommunalen Familie die kommunale Infrastruktur erneuern und modernisieren. Wir setzen damit nachhaltige soziale, arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitische Impulse im Land.

Für eine sichere Gesundheitsversorgung

Eine gute gesundheitliche Versorgung im ganzen Land ist von zentraler Bedeutung, um ein lebenswertes Leben in allen Regionen Brandenburgs zu ermöglichen. Darum hat DIE LINKE den Erhalt aller Krankenhausstandorte als regionale Anker der Gesundheitsversorgung gesichert. Wir wollen Rahmenbedingung für Ansiedlung von ÄrztInnen auch außerhalb der Ballungsgebiete verbessern, um die ambulante Versorgung aufrecht zu erhalten. „Gemeindeschwester AGNES“ wollen wir in ganz Brandenburg flächendeckend zum Einsatz bringen. Mit den medizinischen Versorgungszentren, den mobilen Diensten („Gemeindeschwester“) und der Telemedizin wollen wir zukunftsfähige Strukturen der Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum schaffen.

DIE LINKE will auch einen Politikwechsel auf europäischer Ebene.

Es gibt Entwicklungen, die wir aufhalten wollen, wo wir eine Veränderungen erreichen müssen: In der Außenpolitik muss die schleichende Militarisierung beendet werden. Es müssen europäische Antworten auf die Finanzkrise und die Energiewende gefunden werden, die sichern, dass die Verursacher zur Verantwortung gezogen und echte Alternativen gesucht werden. Technokratisch effizient ist die EU, aber auch demokratisch? Dazu sollte das Parlament weiter gestärkt werden und dazu muss eine starke Linke im EU-Parlament sein, eine europäische Linke, die sich für eine EU einsetzt, die friedlich, sozial, demokratisch und ökologisch ist. Mit der Stärkung der LINKEN im Europa-Parlament können wir diese Themen anpacken und öffentlich diskutieren, und das nicht nur national, sondern länderübergreifend mit den LINKEN in ganz Europa. Die EU bedarf der politischen Debatte, nicht zuletzt auch über ihre Zukunft.

DIE LINKE geht selbstbewusst in das Wahljahr 2014. Zu den Kommunal- und Europawahlen am 25. Mai 2014 wollen wir unsere starke kommunale Verankerung unter Beweis stellen. Wir haben viel für die finanzielle Stabilität der Kommunen getan und mit dem Infrastrukturprogramm ein Angebot auf drängende Fragen in den Kommunen. Am 14. September 2014 wollen wir erneut mit einer starken Fraktion in den Brandenburger Landtag einziehen. Unsere Kandidatinnen und Kandidaten stehen in den Regionen des Landes für unsere Ideen eines sozial-ökologischen Wandels, für eine offene und demokratische Gesellschaft, für ein modernes und fortschrittliches Brandenburg.